



LIMMATTAL

STADT UND KANTON ZÜRICH

Deutliches Ja für das Pflegezentrum

Schlieren Die zehn Trägergemeinden befürworten den 65-Millionen-Neubau gleich neben dem Spital Limmattal

VON MANUELA MOSER

Das neue Spital Limmattal bekommt sein neues Pflegezentrum: Die zehn Trägergemeinden sagten gestern deutlich Ja zum Neubau des Pflegezentrums über 65 Millionen Franken und damit Ja zu einer logischen Fortsetzung der baulichen Anstrengungen in Schlieren. Läuft alles nach Plan, soll der fünfgeschossige Neubau mit 150 Betten viereinhalb Jahre nach der «Limmi»-Spitaleröffnung, im Frühjahr 2023, in Betrieb gehen. Der alte Bau wird voraussichtlich bis spätestens Oktober 2023 abgebrochen.

Die Ja-Stimmen (insgesamt 16245) übertreffen die Nein-Stimmen (2370) bei weitem. Oder in Prozenten ausgedrückt: 87,27 Prozent sagten Ja, das ist annähernd ein Fünftel aller Stimmberechtigten der Spitalverbandsgemeinden Aesch, Birmensdorf, Dietikon, Geroldswil, Oberengstringen, Oetwil, Schlieren, Unterengstringen, Urdorf und Weinigen. Einzig in Birmensdorf, wo am selben Tag über den Austritt aus dem Spitalverband abgestimmt wurde, fiel das Resultat nicht gar so deutlich aus. Annähernd ein Drittel (563 gegenüber 1491) sagte dort Nein.

Wo das alte Spitalhochhaus steht

«Es ist eine grosse Freude», sagte Markus Bärtschiger (SP), Stadtpräsident von Schlieren und Verwaltungsratspräsident des Spitalverbandes, nach Bekanntgabe des Resultats, «dass die Bevölkerung nach dem Spital auch beim Pflegezentrum für den Neubau gestimmt hat.» Eine Sanierung wäre nämlich komplizierter gewesen, weil sie unter Vollbetrieb hätte stattfinden müssen. «Zudem ist aber nicht nur das über 30-jährige Haus in die Jahre gekommen, es haben sich auch die Bedürfnisse der Bevölkerung verändert», so Bärtschiger weiter. Der Neubau wird diesen nun gerecht: Die Zimmer werden mit weniger Betten belegt, die Demenzabteilung ausgebaut und die Zahl der ambulanten Betten gegenüber den stationären vergrössert.

«Wir wollen das Angebot der Trägergemeinden ergänzen und nicht konkurrieren», sagte Bärtschiger, «denn gerade kleinere Gemeinden erreichen die sogenannte kritische Masse nicht, um die



Mehr und vor allem kleinere Zimmer wird es im neuen Pflegezentrum geben. Die Eröffnung ist voraussichtlich im Jahr 2023.

VISUALISIERUNG: ZVG/RAUMGLEITER AG

teils anspruchsvolle und arbeitsintensive Pflege gerade von demenziell Erkrankten zu gewährleisten.»

Den Zeitpunkt des Neubaus hält Bärtschiger für ideal: «Die Arbeiten am Spital sind jetzt abgeschlossen und die Teams perfekt eingespielt. Wir können nun lückenlos fortfahren.» Bauzäune und andere Hilfsmittel könnten auf dem Areal verbleiben, was das Unternehmen auch kostengünstiger mache.

Ursprünglich war geplant, dass der Neubau in Nord-Süd-Richtung zu liegen kommt und teilweise den zweigeschos-

sigen Gebäudeteil des Spital-Neubaus überlappt. Bei der Planung entschieden die Verantwortlichen zuletzt aber, dass dies nicht die beste Variante wäre. Neu kommt das neue Pflegezentrum in Ost-West-Richtung zu liegen. Auf dem Platz, wo sich heute noch das alte Spitalhochhaus befindet, welches sich aber schon im Rückbau befindet. Von aussen wird dieser aber frühestens im Frühling 2019 sichtbar sein.

Im neuen Pflegezentrum sind 150 Betten vorgesehen. Das sind 24 mehr als heute. Allerdings werden diese von der

Stadt Schlieren als Kompensation von Bettenplätzen im Pflegezentrum Sandbühl, das voraussichtlich 2023 geschlossen wird, bestellt und finanziell abgegolten.

Aufgeteilt ist der fünfgeschossige Neubau in zwei Demenzabteilungen im Parterre sowie im ersten Obergeschoss und drei Langzeitpflegestationen inklusive Palliativbetten. Im fünften Obergeschoss ist in Kooperation mit der Reha Clinic AG eine Rehabilitationsstation mit 48 Betten geplant. Im Erdgeschoss befindet sich zudem das Tageszentrum.

Mit dem Ja der Bevölkerung sei ein weiterer Meilenstein erreicht, heisst es in der offiziellen Pressemitteilung des Spitals. «Das Neubauprojekt «LimmiCura» kann nun ohne Verzögerungen weiterverfolgt werden.»

Dass das Abstimmungsresultat in Birmensdorf am knappsten ausgefallen ist, hat Spital- und Stadtpräsident Bärtschiger erwartet. «Meistens erreichen aber Abstimmungen zu gut geplanten Alters- und Pflegeheimen eine hohe Zustimmung, gehen doch vor allem die Älteren an die Urne.»

Die Bevölkerung hält zum «Limmi»

Birmensdorf Der Austritt aus dem Spitalverband Limmattal ist vom Tisch. Der Antrag des Gemeinderats wurde deutlich abgelehnt.

VON SIBYLLE EGLÖFF

Birmensdorf wird auch weiterhin Mitglied des Spitalverbands Limmattal sein. Die Stimmberechtigten haben den Antrag des Gemeinderats, aus dem Zweckverband auszutreten, mit 667 Ja- (30,7 Prozent) zu 1509 Nein-Stimmen (69,3 Prozent) verworfen. Die Stimmbeteiligung lag bei 55,7 Prozent.

Der geplante Neubau des Pflegezentrums für 65 Millionen Franken veranlasste den Gemeinderat zu einer Neubeurteilung bezüglich der Mitgliedschaft im Spitalverband. Er kam zum Schluss, dass der Verbleib darin mit mehr Nach- als Vorteilen verbunden ist. «Wir gehen für den geplanten Neubau des Pflegezentrums ein unberechenbares Risiko ein und müssen im Falle von Defiziten geradestehen. Dies, obwohl nur noch sehr weni-

ge Birmensdorfer das Angebot nutzen und es auch keine Garantie für einen Pflegeplatz gibt», hiess es von Gemeindepräsident Bruno Knecht (parteilos). Solidarität spiele bei diesem Entscheid keine Rolle, da das Spital ein Unternehmen sei, so Knecht.

Mitgliedschaft kritisch hinterfragt

Das Abstimmungsergebnis zeigt nun aber, dass Solidarität in Birmensdorf sehr wohl von Bedeutung ist. Das erkennt auch der Gemeindepräsident. «Das Stimmvolk hat entschieden, dass die Solidarität zum «Limmi» höher zu werten ist als das unternehmerische Risiko. Das müssen wir akzeptieren», sagt Knecht auf Anfrage. Überrascht über das Resultat sei er nicht. «Aufgrund der Rückmeldungen auf der Strasse, im Gemeindeblatt «Birmensdorfer» und nach der Informationsveranstaltung im Alterszentrum sind wir davon ausgegangen, dass das Ergebnis in diese Richtung geht.» Die deutliche Ablehnung sieht Knecht nicht als Niederlage. «Wir haben den Austritt nicht beantragt, um ihn durchzusetzen, sondern um die Mitgliedschaft kritisch zu hinterfragen.» Die Bevölkerung müsse sich aber bewusst



«Das Stimmvolk hat entschieden, dass die Solidarität zum «Limmi» höher zu werten ist als das unternehmerische Risiko.»

Bruno Knecht (parteilos)
Gemeindepräsident Birmensdorf

sein, dass sie sich mit diesem Entscheid dazu verpflichtet, das «Limmi» zu unterstützen, wenn es in finanzielle Nöte gerate. «Das könnte auch einen Einfluss auf den Steuerfuss haben.» Künftig will der Gemeinderat die Bürgerinnen und Bürger genauer über die Angelegenheiten im Spital auf dem Laufenden halten.

Die Austritts-Gegner freuen sich über die Ablehnung. «Das Ergebnis ist ein deutliches Zeichen für die erfolgreiche Fortsetzung der Verbandstätigkeit», sagt Reinhard Walther auf Anfrage. Er, sowie Irene Schwarzmann und Samuel Wenk, machten sich für den Verbleib im Spitalverband stark. Im Gemeindeblatt veröffentlichten sie Anfang November eine Gegendarstellung zum Antrag des Gemeinderats und lancierten gleichzeitig eine Anzeige, in der rund 200 Birmensdorferinnen und Birmensdorfer namentlich aufgelistet sind, die den Austritt ablehnen. Zudem verschickten sie Flyer in alle Birmensdorfer Haushalte, um den Austritt abzuwenden.

«Die eindrückliche Solidaritätsbezeugung Birmensdorfs wird ohne Zweifel bewirken, dass für lange Zeit keine Austritts-

wünsche anderer Verbandsgemeinden entstehen werden», ist sich Walther sicher. Die Gegner befürchteten nämlich, dass ein Austritt Birmensdorfs weitere Austrittsbegehren zur Folge gehabt hätte. Was schliesslich dazu führen könnte, dass das «Limmi» ein Privatspital wird. So weit kommt es nun vorerst sicherlich nicht.

Zufrieden über das Abstimmungsergebnis ist auch Markus Bärtschiger (SP), Schlierener Stadtpräsident und Präsident des Spitalverbands Limmattal. «Ich bin erfreut, dass die Birmensdorfer Bevölkerung zeigt, dass ihr das Spital Limmattal wichtig ist.» Auch über die Deutlichkeit des Resultats ist er froh. «Das signalisiert uns, dass wir in den nächsten vier, fünf Jahren so weiterarbeiten können.»

Kommendes Jahr steht bereits eine weitere Abstimmung im Zusammenhang mit dem Spitalverband an. Die Verbandsgemeinden müssen die Statutenrevision des Zweckverbands genehmigen. Neu soll etwa die Gewinn- und Verlustverteilung zu zwei Dritteln nach effektiver Bettenauslastung und zu einem Drittel nach Bevölkerungszahl erfolgen.